

## BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

WERNER FAYMANN  
BUNDESKANZLER

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien  
GZ: BKA-353.110/0129-I/4/2011

Wien, am 8. November 2011

XXIV. GP.-NR

9100 /AB

08. Nov. 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

zu 9206 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Moser, Freundinnen und Freunde haben am 8. September 2011 unter der **Nr. 9206/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Einmietung des Verfassungsgerichtshofes gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

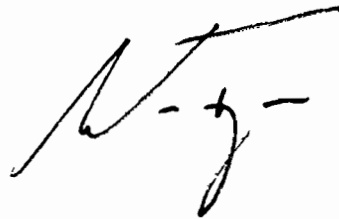
Zu den Fragen 1 bis 8:

- Halten Sie eine Miete von 20 Euro pro Quadratmeter und eine 30 jährige Bindungsfrist der Einmietung gegenüber den SteuerzahlerInnen für gerechtfertigt?
- Warum wurde nicht die BIG mit der Beschaffung neuer Räumlichkeiten beauftragt und rechtzeitig in die Neueinmietung eingeschaltet?
- Wie viele Immobilienangebote wurden eingeholt? Welche Marktangebote lagen noch vor?
- Wer traf die Entscheidung, das teure Angebot in der Renngasse2 (Signa) anzunehmen?
- Warum haben Sie als Ressortchefin und „Mietzahlerin“ nicht dafür gesorgt, dass die Einmietung für die SteuerzahlerInnen möglichst günstig erfolgt?
- Warum war Signa „Bestgereiht“, warum bekam Signa den Zuschlag?
- Auf welche Weise können Sie ausschließen, dass Signa auf Grund persönlicher Kontakte zu Entscheidungsträgern den Zuschlag erhielt?
- Gibt es bereits andere Verwendungszusagen für das Palais Strozzi?

Gemäß § 13 Abs. 1 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953 werden die Angelegenheiten, die die sachlichen Erfordernisse [des Verfassungsgerichtshofes] betreffen,

vom Präsidenten [des Verfassungsgerichtshofes] geführt. Diese Fragen betreffen daher keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzleramts.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'N' followed by a horizontal line and a 'g'.